

## Protokolle aus den Arbeitsgruppen

---

### **AG 1 – Arbeit und Sprache**

*Moderation:* Jörg Fritz

*Protokoll:* Dr. Mussie Habte

In der gemeinsamen Gruppenarbeit wurden zunächst die Rahmenbedingungen bezüglich der Sprachkurse für Flüchtlinge in den einzelnen Kommunen erörtert. Hierbei ging es insbesondere darum, herauszufinden, wie die Flüchtlingsarbeit vor Ort bewältigt wird und welche Herausforderungen sich dabei ergeben. Bei der sprachlichen Integration wurde vor allem die Frage der Finanzierung der Sprachkurse angesprochen. Hier stellte sich heraus, dass die Landkreise dies unterschiedlich handhaben. Probleme und Unsicherheiten ergeben sich bezüglich des Zuschusses des Landkreises für den Sprachkurs. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops erklärten, dass die ca. 91 Euro, die für die Durchführung der Sprachkurse den Landkreisen vom Land zur Verfügung gestellt werden, nicht wirklich ankommen. Aus Ulm wurde bspw. berichtet, dass sich die Flüchtlinge mit einem Eigenanteil von 30 Euro an den Kosten beteiligen.

Von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Workshops wurde betont, dass das Erlernen der deutschen Sprache für die Motivation und das Selbstwertgefühl von Flüchtlingen sehr wichtig sei. Als besondere Herausforderung in der Flüchtlingsarbeit wurde zudem der Umgang mit Analphabeten Flüchtlingen genannt. Des Weiteren wurde auf das bestehende Kapazitätsproblem und vor allem auf den Mangel an zertifizierten Lehrkräften für Deutsch als Fremdsprache hingewiesen. Die Sprachkurse, die von Ehrenamtlichen durchgeführt werden, werden zwar begrüßt, allerdings waren sich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer darin einig, dass diese nur als Ergänzung dienen sollen und keinesfalls die offiziellen Sprachkurse ersetzen können. In manchen Landkreisen gibt es darüber hinaus große Schwierigkeiten mit dem Nahverkehr. Viele Flüchtlinge, die im ländlichen Raum untergebracht sind, haben aufgrund der hohen Kosten Probleme, die Sprachkurse in den Städten zu besuchen.

Bezüglich der besseren und schnellen Arbeitsintegration von Flüchtlingen wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ausdrücklich auf die Bedeutung von Beschäftigung für das Selbstwertgefühl eines Flüchtlings hingewiesen. Daher müssen alle bestehenden Hürden, die eine schnellere und bessere Arbeitsintegration behindern, beseitigt werden. Von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurde der Mindestlohn als besondere Herausforderung und Hindernis genannt, da er die Arbeitgeber daran hindert, Flüchtlinge als Praktikanten einstellen zu können.

## **AG 2 – Bürgerschaftliches Engagement**

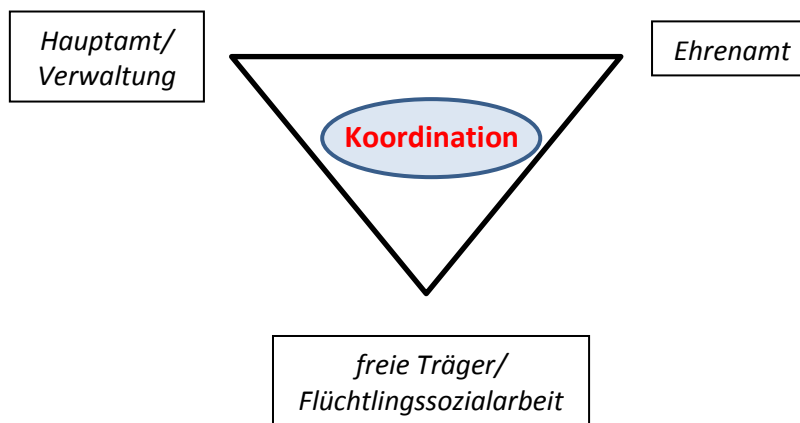
*Moderation:* Bea Böhlen

*Impuls:* Dr. Ralph Bürk

*Visualisierung und Protokoll:* Barbarita Schreiber

1. Ehrenamt braucht Hauptamt – (und umgekehrt: Eine innovationsfähige Verwaltung im Wandel braucht Ehrenamt.)

*Dreieck:*



*Bedarf:*

### **1. Koordination der Akteure durch bestehende kommunale Strukturen**

- Kommunikation, Austausch, Verständigung
- Ergebnisorientiertes Arbeiten
- Stärkung der Kapazitäten

Bestandsaufnahme:

- welche Strukturen gibt es?
- welche Fördermittel können genutzt werden?

Instrument: Anregung kommunaler Runder Tische

- Handlungsebenen: besprechen – entscheiden – umsetzen – aktivieren
- Verbindlichkeit der Entscheidungen
- Kontinuität (Integrationsbeauftragte, Fördermittel des Landes für bestehende Struktur – via Novellierung FlüAG-Pauschale ? → Prüfauftrag)
- eigenes Budget

**2. Bildung lokaler und regionaler Bündnisse:**

- Austausch der Erfahrungen und Potenziale
- Flüchtlinge aktivieren
- Erarbeitung von Leitfäden (Kommune und Kreis), Internetzeitung, Newsletter

**3. Weiterbildungsangebote für Akteure aller drei Säulen (Hauptamt, Ehrenamt, Freie Träger)**

- Kompetenzentwicklung
- Angebote/Fördermöglichkeiten der „Allianz für Beteiligung“ Stuttgart (200 Tsd. Euro Landesmittel)

**4. Übergabemanagement bei Übergang von Anschlussunterbringung in Kommune**

- Kreisen fehlt Sozialberatung
- Koordination mit Kommunen

**5. freiwillige Rückkehrberatung**

- fehlende Mittel für frühzeitige Beratung

**6. Hindernisse durch Datenschutzbestimmungen beseitigen**

- Probleme bei Vermittlung von potenziellen Arbeitskräften aus LEA an Unternehmen wegen Datenschutz
- Lösung suchen:  
Möglichkeit der Anonymisierung der Daten prüfen

## **AG 3 – Unterbringung, Gesundheitsversorgung, Standards**

*Moderation:* Daniel Lede Abal

*Protokoll:* Jutta Fischer-Fritsch

26 TeilnehmerInnen

### **I. Unterbringung**

- Trotz steigender Zugangszahlen wird generell für die vorläufige Unterbringung und Anschlussunterbringung eine dezentrale Struktur angestrebt (Vermeidung von Ghettoisierung, bessere Integrationschancen, Sicherheitsaspekte).
- Es besteht der Wunsch nach mehr festgelegten Standards (über Brandschutz, Notausgang etc. hinaus und auch für alte Gebäude).

*Frage:*

*Welche Kriterien sollte eine gute, neue Gemeinschaftsunterkunft (GU) erfüllen?*

*Welche Kriterien muss eine (auch alte) GU in Ba-Wü erfüllen (Mindeststandards)?*

- Nach derzeitigem FlüAG haben die Gemeinden nur eine Mitwirkungspflicht, den Landkreis bei der Erfüllung seiner Unterbringungsaufgabe zu unterstützen.

*Frage:*

*Soll die Unterbringungspflicht stärker kommunalisiert werden, um einen „Durchgriff“ auf nicht kooperative Gemeinden zu ermöglichen?*

- Es gibt Probleme, die 7m<sup>2</sup>-Regelung flächendeckend umzusetzen. Soll sie aufgeweicht werden oder die Umsetzungsfrist (1.1.2016) verlängert werden? Tendenz: nein.
- Bei niedriger Anerkennungsquote (sichere Herkunftsländer) wird eine Unterbringung ausschließlich in der LEA für unrealistisch gehalten, weil die Asylverfahren i.d.R. nicht innerhalb der 3-Monatsfrist abgeschlossen werden können.

### **II. Gesundheitsversorgung**

- Klärungsbedarf: Impfpflicht erforderlich für LEA (Masern!)?
- Röntgengerät in LEA Karlsruhe dringend erforderlich! Ohne Gesundheitscheck keine Bearbeitung der Asylanträge durch das BAMF und keine Kontoeröffnung.
- Freie Arztwahl und Versorgung durch niedergelassene Ärzte wünschenswert; Einführung der Gesundheitskarte wird begrüßt
- Finanzierung von notwendigen Operationen beim Wechsel von der Erst- in die vorläufige oder Anschlussunterbringung problematisch; Klärung von Ansprechpartner und Verfahren notwendig
- Zusammenarbeit von Landes- und Kreisebene sollte verbessert werden.

- Für die Behandlung von posttraumatischer Belastungsstörung fehlen schon derzeit viele Plätze; Zuspitzung der Lage nach Aufnahme der weiblichen Flüchtlinge aus dem Sonderkontingent wird erwartet.